

Konjunktur für Arbeitsplätze

Von

Heiner Flassbeck

WuM, November 2006

Der deutsche Export brummt. Nach zwei extrem guten Jahren erleben wir gerade das dritte Jahr in Folge, in dem der deutsche Export wohl mit einer fast zweistelligen Rate wachsen wird. Da die Importe zwar auch zulegen, aber trotz hoher Importpreise nicht mehr als der Export, wird der deutsche Überschuss im internationalen Handel wieder enorm sein. Der Handelsbilanzüberschuss dürfte wie in den Vorjahren 150 Milliarden Euro erreichen, der Leistungsbilanzüberschuss, der den Saldo der Dienstleistungen und die Übertragungen an internationale Organisationen mit einrechnet, wird mit etwa einhundert Milliarden Überschuss abschließen.

Dieser unglaubliche Exporterfolg schlägt inzwischen auch auf die Investitionen der Unternehmen in Arbeit und in Kapital durch. Die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen im Inland beginnt anzuziehen und die Nachfrage nach Arbeitskräften belebt sich deutlich. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Monaten spürbar gefallen und sogar die Beschäftigung in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen hat sich erholt. Ein Wunder zudem: Die Defizite in allen Sozialleistungskassen fallen, weil die Beiträge – der guten Konjunktur sei Dank – wieder sprudeln. So weit so gut.

Wer aber angesichts dieses schönen Ergebnisses erwartet, die Wirtschaftspolitik oder die herrschende Meinung in der Ökonomie würde beginnen zu begreifen, dass man für den Abbau der Arbeitslosigkeit einen lang andauernden und noch viel kräftigeren Aufschwung braucht, täuscht sich gewaltig. Das sei alles nur kurzfristig sagen die einen, am steigenden Trend der Arbeitslosigkeit ändere das gar nichts, solange nicht die wirklich grundlegenden Reformen, der totale Umbau des Wohlfahrtsstaates in die Wege geleitet sind. Das sei die Wirkung der schon beschlossenen Reformen, sagen die anderen und es zeige, dass man nur mit den Reformen weitermachen müsse, um ans Ziel zu kommen.

Beides ist gleich falsch. Natürlich ist bislang der Abbau der Arbeitslosigkeit ein kurzfristiges Phänomen. Er ist genauso kurzfristig wie der Aufschwung selbst. Deswegen ist es nun die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, dass der Aufschwung lange anhält und außer dem Export auch die anderen Bereiche der Wirtschaft erfasst. Mehrwertsteuererhöhung und Zinserhöhung sind folglich genau die falschen Instrumente. Dass die Erholung mit den bisherigen Reformen rein gar nichts zu tun hat, kann man daran ablesen, dass 1999 und 2000 in einer ähnlichen konjunkturellen Situation der deutsche Arbeitsmarkt sogar noch schneller auf die Belebung der Nachfrage reagiert hat und an dem Vergleich mit den europäischen Nachbarn. In Frankreich, wo die Binnennachfrage schon seit längerem zum Wachstum beiträgt und die gesamte Konjunktur besser war, ist die Arbeitslosigkeit trotz geringerer Exporterfolge schon seit einigen Jahren wesentlich stärker als in Deutschland gesunken.

Doch mit solchen Feinheiten gibt sich der deutsche Wirtschaftspolitiker und der ideologisch durchtrainierte Kommentator auf den Wirtschaftsseiten der großen Zeitungen nicht ab. Er weiß ja ganz genau, was Deutschland fehlt. Fakten stören da eher. Dem Verdrängen der Rolle der Konjunktur für den Arbeitsmarkt kommt entgegen, dass es nach Überzeugung der Wirtschaftspolitiker aller Parteien im Zeitalter der Globalisierung und der Europäisierung sowieso

keine makroökonomischen Instrumente mehr gibt. Folglich konzentriert sich die ökonomische Debatte in Deutschland auf solche Werkzeuge, die zufällig zur Verfügung stehen, ganz gleich, ob mit ihrer Hilfe dem zu lösenden Problem beizukommen ist oder nicht. So sind, nach allem, was wir lesen müssen, die Wirtschaftspolitiker aller Couleur fest davon überzeugt, dass ihr hartnäckiges Schrauben an einer Gesundheitsreform oder das Fummeln am Rentensystem etwas mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit zu tun hat. Dass es genau umgekehrt sein könnte, dass nämlich die gute wirtschaftliche Entwicklung das Hauptproblem der deutschen Sozialkassen, sinkende Beitragszahlungen, beseitigt und ganz neue Spielräume schafft, ist in ihrer Welt nicht vorgesehen.

Wie abwegig der Glaube der Politik an die Rettung aus der Wachstums- und Arbeitslosigkeitsfalle durch Flexibilisierung der „Strukturen“, zeigen sowohl die jüngste Entwicklung am Arbeitsmarkt, als auch eine langfristige Betrachtung der Investitionen in Arbeit und in Kapital. In Deutschland, wie in den USA und allen anderen Ländern, investieren und des-investieren die Unternehmen erstaunlicherweise immer zur gleichen Zeit in Arbeit und in Kapital. Sind die Bedingungen günstig, kaufen die Unternehmen nicht nur neue Maschinen und Ausrüstungen, sondern sie heuern auch neue Arbeitskräfte an, weil sie mit der alten Mannschaft die gestiegene Nachfrage nicht bewältigen können. Verschlechtert sich die Lage, wird nicht nur bei den Sachinvestitionen gespart, sondern auch die Arbeitsnachfrage sinkt genau zur gleichen Zeit. Die jetzige Investitionsbelebung oder der Vereinigungsboom in Westdeutschland, die jeweils erhebliche Entlastungen am Arbeitsmarkt mit sich brachten, waren sicher keine Ereignisse, die ihre Ursache in der Lösung von hartnäckigen Strukturproblemen hatten.

Es wäre genau jetzt an der Zeit, mit dem immerwährenden Reformismus inne zu halten und sich mit aller Intensität zu fragen, wie man es schafft, die gute Konjunktur so lange zu erhalten, bis die sozialen Sicherungssysteme und die Arbeitslosen wieder zu Kräften gelangt sind. Genau das Gegenteil aber ist der Fall: Die „Gefahr“, so dieser Tage einer der vielen „Bankenvolkswirte“, die ständig in den Zeitungen als „Sachverständige“ zitiert werden, sei jetzt, dass mit der guten Konjunktur der alte Glaube wieder hoch komme, man könne sich den Wohlfahrtsstaat leisten. Das aber sei falsch. Dass es umgekehrt sein könnte, dass kein Land der Welt sich vier Jahre Stagnation und steigende Arbeitslosigkeit leisten kann, ohne dass jedes soziale Sicherungssystem in die Knie geht, wird einem „Bankenvolkswirt“ natürlich nicht in den Sinn kommen. Es widerspräche ja seiner Mission: Sorge dafür, dass deine Bank eine weit überdurchschnittliche Rendite einfährt, ganz gleich, was es die Gesellschaft kostet.